

Sitzungsunterlagen

Öffentliche Sicherheit AÖS - 10/2023-2027

02.12.2025, 16:00

Stadt Bremerhaven



Tagesordnung für die 10. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 02.12.2025

Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage-Nr.
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bereich Polizei und Feuerwehr	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit vom 16.09.2025	I/XI 10/2025
2.2	Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOStVV	I/XI 11/2025
3	Bereich Polizei	
3.1	Anfragen	
3.2	Anträge	
3.3	Stellenhebungen im Bereich Polizei	I 14/2025
3.4	Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2026/2027	I 15/2025
3.5	Mündlicher Bericht zur Istanbul Konvention - Johanna Knoop	
3.6	Verschiedenes Polizei	
4	Bereich Katastrophenschutz	
4.1	Anfragen	
4.2	Anträge	
4.3	5-Jahres-Plan - Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz	KatS - I 8/2025
4.4	Stand Sirenenalarmierung (Vortrag)	

4.5	Verschiedenes Katastrophenschutz	
5	Bereich Feuerwehr	
5.1	Anfragen	
5.2	Anträge	
5.3	Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen	XI 14/2025
5.4	Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS). Aktuelle Berichte mit Leitstellenbezug (KMS, SNA, Telenotarzt).	XI 15/2025
5.5	Verschiedenes Feuerwehr	

Vorlage Nr. I/XI 10/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 6
-----------------------------------	-----------	-------------------

Genehmigung der Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit vom 16.09.2025

Die Niederschrift der 9. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 16.09.2025 ist zu genehmigen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Niederschrift

Anlage: Präsentation OPB zum gemeinsamen Bericht zur Sail 2025

Anlage: Präsentation zum Vortrag „Häusliche Gewalt“

Anlage: Präsentation zum Vortrag Demokratiearbeit der OPB

Anlage: Präsentation zum Vortrag Taser

Anlage: Präsentation zum Bericht Neubau FRW Überseehafen



N i e d e r s c h r i f t

über die 9. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 16.09.2025

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:08 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Ofcarek

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Frau Stadtverordnete Steinbach

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Entschuldigt

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Baltrusch

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:

Herr Ortgies

Bürger- und Ordnungsamt:

Herr Herbrig

Feuerwehr:

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

- 2.1. Genehmigung der Niederschrift der 8. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 17.06.2025** I/XI 6/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

- 2.2. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2026** I/XI 8/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

- 2.3. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOStVV** I/XI 7/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

- 2.4. Gemeinsamer mündl. Bericht zur Sail 2025**

Herr Jürgewitz befürchtet, dass in der Zukunft die größte Bedrohungslage die Drohne sein wird und möchte wissen, wie die Vorstellung ist, wenn solche Szenarien eintreten, Veranstaltungen dieser Art zukünftig durchzuführen. Herr OB Grantz setzt darauf, dass das Landespolizeigesetz entsprechend angepasst wird, um unberechtigte Drohnenflüge unterbinden zu können.

Seitens des Migrationsrates möchte Herr Ionescu wissen, wie die Verständigung mit Besuchern, die nicht deutschsprachig sind, verlief. Herr Ortgies erklärt hierzu, dass sich die Einsatzkräfte diesbezüglich nicht vorbereiten, da die Einsatzkräfte ständig mit diesem Phänomen umgehen. Mit Händen und Füßen und einem Google Übersetzer funktioniert eine gute Kommunikation problemlos.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den gemeinsamen Bericht zur Sail 2025 zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

- 3.1.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNEN + P zum Thema "Größerer Rattenbefall im Stadtteil Nord" mit Beantwortung** I 13/2025

Herr Baumann-Duderstaedt richtet seine Frage an Herrn Herbrig, ob er eine Möglichkeit sieht, die betroffenen Bewohner zusätzlich über präventive Maßnahmen zu informieren, und ob der Magistrat weitere vorbeugende Maßnahmen vornehmen kann? Herr Herbrig erklärt, dass das Land dabei ist, eine Rattenbekämpfungsverordnung zu initiieren, in dem die eben genannten Punkte aufgeführt werden sollen, wie z. B. präventive Maßnahmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

- 3.1.2. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/SIE GRÜNEN + P zum Thema Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen** I 12/2025

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 3.1.3. Beantwortung der Anfrage "Anmeldung ausländischer Sexarbeiterinnen (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)"** I 10/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.2. Anträge

Keine.

- 3.3. Bericht zur Lagedarstellung zum Thema "Häusliche Gewalt" (Benjamin Siebert)** I 11/2025

Herr Freemann möchte wissen, wie festzustellen ist, dass in einer Familie häusliche Gewalt stattfindet? Liegt es am Anzeigeverhalten oder an der Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft? Herr Siebert antwortet, dass die Sensibilität in der Bevölkerung für dieses Thema viel größer geworden ist und dadurch auch die Anzeigebereitschaft gestiegen ist. Darüber hinaus möchte Herr Freemann wissen, in welchen Stadtteilen sich die genannten Fälle überwiegend abspielen. Herr Siebert erklärt, dass wir eine hohe Betroffenheit in den Stadtteilen Twischkamp, Klushof, Geestendorf und Grünhöfe haben. Das sind jedoch auch dichtbewohnte Gebiete und weisen daher höhere Fallzahlen auf.

Herr Ofcarek möchte wissen, inwieweit Kinder betroffen sind. Die Betroffenheit von Kindern ist gegeben, aber sie ist im Kontext Häusliche Gewalt prozentual sehr gering, erklärt Herr Siebert.

Herr Jürgewitz fragt, ob die genannten Fälle auch alle bei der Staatsanwaltschaft ankommen und wie viele davon dann vor Gericht landen. Herr Siebert erklärt, dass alle Fälle bzw. Straftaten an die Staatsanwaltschaft übermittelt werden. Wie viele dann zum Gericht gehen bzw. wie hoch die Anklagequote ist, kann von Seiten der Polizei aus nicht beantwortet werden.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob die genannten 3% (Vergewaltigungen) ein Bundestrend sind. Hier weist Herr Siebert darauf hin, dass diese Zahlen keinen realistischen Wert darstellen, da im Bereich häuslicher Gewalt immer noch ein hohes Dunkelfeld vorhanden ist und nur ca. 20 % aller Fälle zur Anzeige gebracht werden.

Her Grantz bedankt sich bei Herr Siebert und kündigt gleichzeitig eine Fortsetzung des Themas Istanbul Konvention in der nächsten Sitzung an.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.4. Vorstellung Demokratiearbeit der OPB (Vortrag Marc Tiedemann)

Herr Tiedemann stellt dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit die Strategie und die Maßnahmen zur Demokratiearbeit der Ortspolizeibehörde Bremerhaven anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

3.5. Mündlicher Bericht zum Sachstand Taser (Herr Ortgies)

Herr Ortgies berichtet anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand Taser (DEIG).

Herr Grantz bedankt sich bei Herrn Ortgies für seinen Bericht und betont die Wichtigkeit dieses Einsatzmittels und verbunden damit auch die Vernetzung des Tasers und der Bodycam miteinander.

Herr Ofcarek sieht hier seitens der Politik die Pflicht, die Neu-Beschaffungen des Tasers und der Bodycam zu unterstützen. Er richtet die Frage an Herrn Ortgies, wie oft durch den Einsatz des Tasers der Schusswaffengebrauch verhindert wurde. Herr Ortgies antwortet, dass lt. Einsatzberichten Fälle aufgezeigt waren, in denen Kolleginnen und Kollegen mit Cuttermessern, mit einer Machete oder andere Messer angegriffen wurden. Es ist jedoch spekulativ, ob in diesen Fällen ohne die Ausstattung mit dem Taser die Schusswaffe eingesetzt worden wäre.

Weiterhin wird gefragt, wie hoch die Kosten des Modellwechsels sind und wieviel Stück angeschafft werden müssten, damit die OPB gut aufgestellt ist. Herr Ortgies antwortet, dass eine Anschaffung von ca. 20 Tasern zu einer guten Ausstattung führen würde und die Aus- und Fortbildung ebenfalls berücksichtigt werden muss. Was die Kosten betrifft, kann nicht nur auf die Anschaffungskosten geschaut werden, denn damit verbunden sind auch Lizenzkosten, die zurzeit noch verhandelt werden. Bei einer Finanzierung über 5 Jahre liegen wir im mittleren 5-stelligen Bereich pro Jahr, was für die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen nicht zu viel sein sollte.

Die Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.6. Verschiedenes Polizei

Keine Wortmeldungen.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anträge

Keine.

4.2. Anfragen

Keine Anfragen.

4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz, "5 Jahres Planung"

**KatS - I
6/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Verschiedenes Katastrophenschutz

Mündlicher Bericht, Herr Cordes, Resümee zum Warntag am 11.09.2025

- Die lokal ausgelösten Warnmittel funktionieren zuverlässig.
- Keine negativen Rückmeldungen

2. Ausbaustufe des Sirenenausbaus:

- aktuell 16 stationäre (1.Phase) und zwei (2) mobile Sirenen nutzbar
- Ausbau auf insgesamt 32stationäre Sirenen
- Drei Sirenen der 2. Ausbaustufe sind zwar inzwischen aufgebaut worden (Standorte: KBR, FBG und FF Weddewarden), aber nicht nutzbar, da hierzu die notwendigen Schaltschränke fehlen. Die restlichen Sirenen der 2. Ausbaustufe liegen seit einigen Monaten auf der zentralen Feuerwache und wartet darauf, ebenfalls aufgebaut zu werden. Die Errichter Firma verschiebt hierzu jedoch immer wieder die Termine.
- Auf Grund dessen, dass seit über einem Jahr die 2. Ausbaustufe des Sirenennetzes nicht umgesetzt wird, ist es nun beabsichtigt, ein Schreiben an die Geschäftsführung der Firma aufzusetzen und die Dringlichkeit der Umsetzung hinzzuweisen. Auf Grund der Fördervorgaben, sind wir in Bremerhaven auf einen Projektabschluss inkl. Abrechnung bis zum 10.12.2025 angewiesen. Das Schreiben soll von Melf Grantz, Peter Skusa und Jens Cordes unterschrieben werden.
- Nach erneuter telefonischer Nachfrage wurde die Feuerwehr heute informiert, dass nächste Woche zwei weitere Sirenenmontagen geplant sind (Bismarckstr. 46 und Augspurgstr. 12)

5.1. Bereich Feuerwehr

5.2. Anfragen

Keine Anfragen.

5.3. Anträge

Keine.

- 5.4. Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe
(IRLS)**

XI 11/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

- 5.5. FRW Überseehafen.**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

- 5.6. Sachstandsbericht Neuaufstellung wasserseitiger Brandschutz.**

XI 13/2025

Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Entwurf

Vorsitzender Bereich Polizei

Grantz
Oberbürgermeister

Schriftührerin Bereich Polizei

Berndt

Vorsitzender Bereich Feuerwehr

Skusa
Stadtrat

Schriftührerin Bereich Feuerwehr

Schmonsees

Entwurf

Sicherheitsmaßnahmen



Zufahrtsschutzkonzept

**Zufahrtsschutzkonzept
„Sail Bremerhaven 2025“
13. – 17. August**

Version 1.2
Stand 07.08.2025

Aussagen zu:

- Welche Sperrn gibt es?
- Was ist zu beachten?
- Was „können“ Sperrn?
- Wo sind sie zu positionieren?

Schutz vor Überfahrtaten



Detection und Intervention



Videouberwachung



Sail 2025

Sicherheitsmaßnahmen und Bewertung

www.polizei.bremerhaven.de | www.twitter.com/polizei@B-HV | www.facebook.com/POL-Bremerhaven

15.08.2025 - Ortsabteilung Bremerhaven - Thema: Sail 2025 - Referent: Drohne Drohne

©

Zufahrtsschutzkonzept

**„Sail Bremerhaven 2025“
13. – 17. August**

Version 1.2
Stand 07.08.2025

Aussagen zu:

- Welche Sperrn gibt es?
- Was ist zu beachten?
- Was „können“ Sperrn?
- Wo sind sie zu positionieren?

1119 Oktablöcke, 19 mobile, 7 Indutainer

15.08.2025 - Ortsabteilung Bremerhaven - Thema: Sail 2025 - Referent: Drohne Drohne

©

Präsenz



Herausforderungen



Ausblick

©

©

Sicherheitslage - Bilanz

Vorfälle	102
Besucher	> 1,3 Mio
Mi-F	
Sonntagnacht	
Sonntag	
10 KV	
1 GeroV	
Ingewahrsamnahmen	6

**ausgesprochen
friedliche Stimmung**

**verschwindend
wenige Vorfälle**



Wochenende	Montag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
10 KV						
1 GeroV						
Ingewahrsamnahmen	6					

15.08.2025 - Ortsabteilung Bremerhaven - Thema: Sail 2025 - Referent: Drohne Drohne

©

©



Ausblick

- Problematische Verkehrssituationen
- Crowdmanagement
- Sicherheitslage



15.08.2025 - Ortsabteilung Bremerhaven - Thema: Sail 2025 - Referent: Drohne Drohne

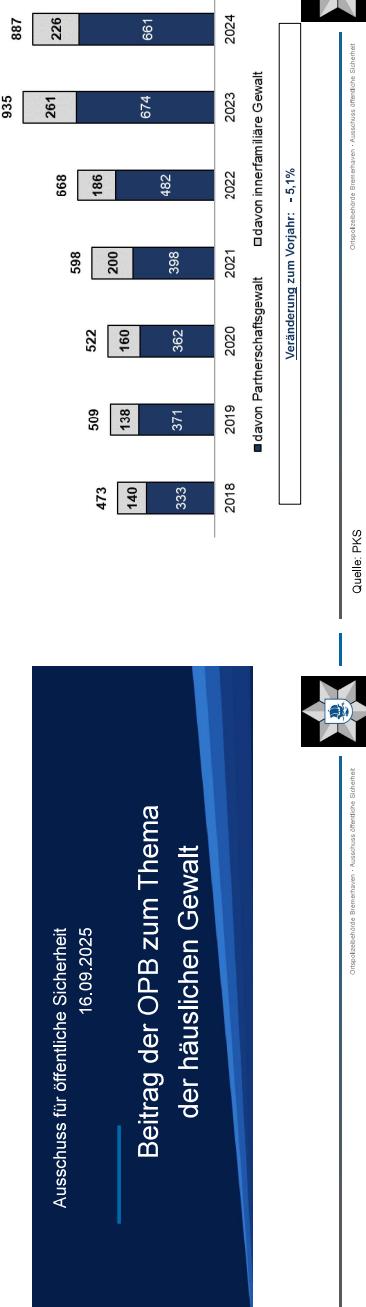
©

©

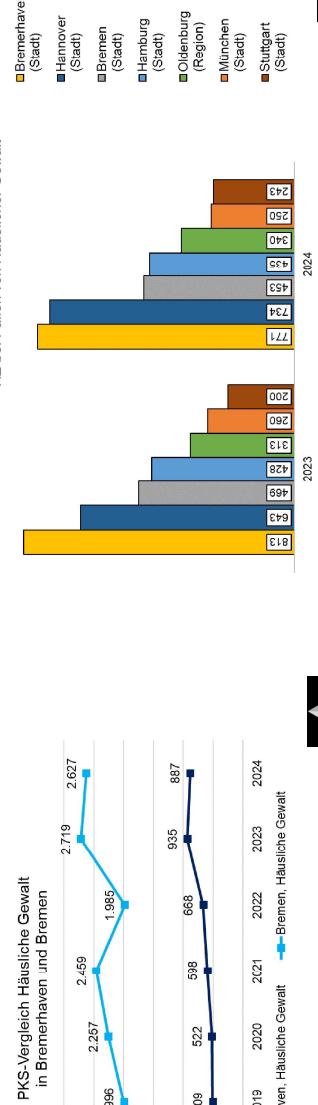


Häusliche Gewalt Entwicklung der Fallzahlen

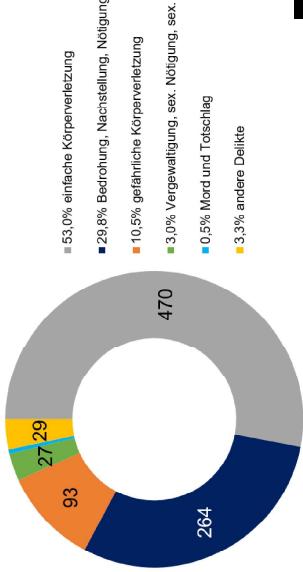
Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Ausschuss öffentliche Sicherheit
www.vbs.bremenhaven.de | www.twitter.com/vbs_bremen | www.facebook.com/vbs.bremenhaven



Häusliche Gewalt Entwicklung der Fallzahlen



Häusliche Gewalt Deliktische Verteilung - 2024



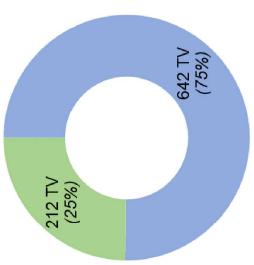
© Stadtwerke Bremerhaven · Ausschuss öffentliche Sicherheit

Häusliche Gewalt Täterspezifik - 2024



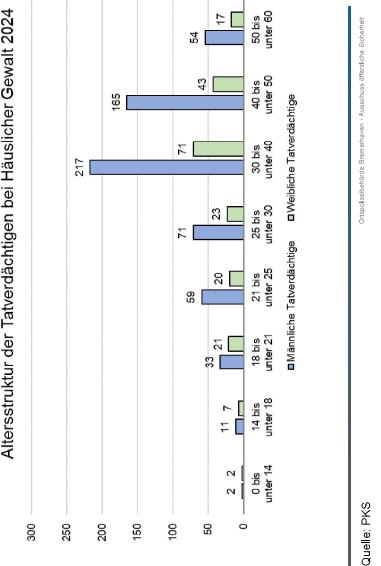
© Stadtwerke Bremerhaven · Ausschuss öffentliche Sicherheit

Häusliche Gewalt Täterspezifik - 2024



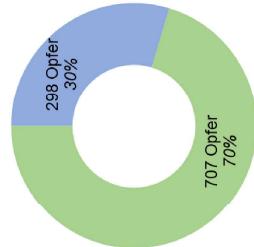
© Stadtwerke Bremerhaven · Ausschuss öffentliche Sicherheit

Häusliche Gewalt Täterspezifik - 2024



© Stadtwerke Bremerhaven · Ausschuss öffentliche Sicherheit

Häusliche Gewalt Opferspezifik - 2024



© Stadtwerke Bremerhaven · Ausschuss öffentliche Sicherheit



Vielen Dank

www.polizei.bremerhaven.de | www.twitter.com/PolizeiBhv | www.facebook.com/PolizeiBremerhaven | © Stadtwerke Bremerhaven





Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Aktuelle Maßnahmen und Strategien zur
Stärkung unserer demokratischen Ressilienz
**Demokratiearbeit der
Ortspolizeibehörde**



www.polizei.bremen.de

www.facebook.com/polizei.bremen/

15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann

Warum Demokratiearbeit als Polizei?

- Vertrauen sichern – Grundlage polizeilichen Handelns
- Extremismus vorbeugen – innen wie außen
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- Handlungsfähigkeit in Krisen bewahren



15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann

Grundlage

- Rolle und Selbstverständnis der Polizei
- Gesellschaftliche Entwicklungen
- 11-Punkte-Plan (SIS)
- Leitlinien der OPB

Einheit
Innenministerium
Der Landtag von Bremen
Büro für die Förderung der demokratischen Wertesetzung im Land Bremen
Gute Polizeidienstleistungen im Land Bremen
Von 1 bis 1000

15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann

Maßnahmen der Ortspolizeibehörde

- Wertebasierte Organisationskultur
- Umsetzung 11-Punkte-Plan
- Fortbildung & Sensibilisierung
- Kooperationen & Zusammenarbeit

Ich schwöre, das Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland, die Landes-
verfassungen und die Gemeindeverfassungen
und alle anderen Beschlüsse des
Gesetzes zu wahren und meine Amtspflichten
gewissenhaft zu erfüllen.“

am Freitag den 15. November - dem Internationalen Tag der
Demokratie - gesetzt das Staatsgründungs-
Jubiläum ist von Platz an:

SAVE THE DATE
15. Oktober 2025
Bad Roast mein - sei gespannt...
Demokratie ist nicht älter als ich. Ich war, als der
Nahostkonflikt begann, ein Kind und Engagiert - e-
Frank Walter Steinmeier

15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann



15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann



15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann



15.05.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Demokratiearbeit Redakteur: UPO Marc Tiedemann

»Demokratie lebt nicht allein aus sich heraus, aus der Verfassung und aus geschriebenen Recht. Demokratie braucht Haltung und Engagement.«
- Frank-Walter Steinmeier -



卷之三



1000

- Vorstand: u.a. Prof. Dr. Dr. Voßkuhle
 - Projekt: „Demokratiestarke Polizei“
 - Ziele: Strukturelle Verankerung von Demokratiearbeit durch die Ausbildung von Demokratiepat:innen in mehreren Länderpolicen
 - „Strategiepat:innen für Demokratie“

Gliederung



Ortspolizeibehörde Bremerhaven

Ausschuss für öffentliche Sicherheit am 16.09.2025

Sachstand DEIG

- Ausstattung
- Ausbildung
- Einsätze
- Ausblick



www.polizei.bremerhaven.de

www.twitter.com/polizei@Bv www.facebook.com/POL-BER-BW



Ausstattung

Grundausrüstung

- 9 DEIG – Taser X2
- Bodycam Netco



Herausforderungen

- DEIG und Bodycam nicht vernetzt
- Keine „Fahrzeugausstattung“
- Erhebliche Aufwände i.R.d. Aus- und Fortbildung

Pilotphase (Nov. 2018 – Nov. 2020)

- Gesamt: 59
- Androhung 51
- Kontaktmodus 3
- Distanzanwendung 5

Gesamter Einsatzdienst

- Im Rahmen Dienstunterricht / P4
- Bestandteil der „integrierten AuF“

Einsätze

Ausbildung

DEIG-Träger:innen

- Speziell ausgebildete Einsatzkräfte
- mind. 12 Monate SB Einsatzdienst
- Grundausbildung – 2 Tage
- Jährliche Fortbildung

Einsätze

Pilotphase (Nov. 2018 – Nov. 2020)

- Gesamt: 59
- Androhung 51
- Kontaktmodus 3
- Distanzanwendung 5

15.08.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Otfried Völker, Ordnungsamt



15.08.2025: Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: Dr. Otfried Völker, Ordnungsamt



Einsätze

- Nach Abschluss Pilotphase (ab Dez. 2020)
 - Gesamt 62
 - Androhung 56
 - **Distanzanwendung** 6

- Lebensdauer (5 Jahre) überschritten
- Insgesamt 121 Einsätze des DEIG
- In ca. 89% der Fälle Androhung erfolgreich
- **Distanzanwendung lediglich in 11 Fällen (9%)**

- Abgesehen von leichten Läsionen keine weiteren durch das DEIG verursachte Verletzungen bei Betroffenen
- Derzeitiges Fazit
 - Insgesamt 121 Einsätze des DEIG
 - Taser X2 wird nicht mehr unterstützt
 - Modellwechsel zwingend erforderlich
- Sachstand DEIG
 - Netco-Bodycams nicht mit DEIG „vernetzt“
 - Technische / taktische Probleme



13.09.2025: Ordnungshofeinteilte Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: DoPrS Volker Oeges



13.09.2025: Ordnungshofeinteilte Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: DoPrS Volker Oeges

Ausblick - Herausforderungen

➤ Sachstand DEIG

- Lebensdauer (5 Jahre) überschritten
- Taser X2 wird nicht mehr unterstützt
- Modellwechsel zwingend erforderlich
- **Distanzanwendung lediglich in 11 Fällen (9%)**



13.09.2025: Ordnungshofeinteilte Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: DoPrS Volker Oeges

➤ Sachstand Bodycam

- Netco-Bodycams nicht mit DEIG „vernetzt“
- Technische / taktische Probleme



13.09.2025: Ordnungshofeinteilte Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: DoPrS Volker Oeges

Ausblick - Lösungen

▪ DEIG-Modellwechsel



- Bodycam Austausch



13.09.2025: Ordnungshofeinteilte Bremerhaven - Thema: Sachstand DEIG - Referent: DoPrS Volker Oeges

F R A G E N ?

Grundstück

Brandschutzbedarfsplanung

Ausdehnung des Stadtgebietes und Ansiedlung Gewerbe/ Industrie, Hafengebiet
→ Handlungsbedarf bei der Schutzzielereichung (Erreichungsgrad 66 %)

Aktuelle Ausgangslage:

- Zentrale Feuerwehrleiche
- 2 Löschzüge → 1. Lösitzug: 16 Funktionen (ACBF-Lösitzug)
- Sondereinheiten: Techn. Hilfe, Wasserrettung, Höhenrettung, Gefahrgut, Schiffsbrandbekämpfung, etc.
- Rettungsdienst (Rettungsdienstbeauftragter)

Gutachten zum BRP (2015): 5-Wachen-Konzept mit Schwerpunktbildung

- Weiterhin Nutzung der Zentralen Feuerwache (1980) sowie Errichtung zweier weiterer Wachen (Nordosten/Süden)
- Jede Wache: 10 Funktionen (Hilfstrafe 1: 8 Minuten)
- Weitere 6 Funktionen von der nächsten Wache (Hilfstrafe 2: 5 Minuten)

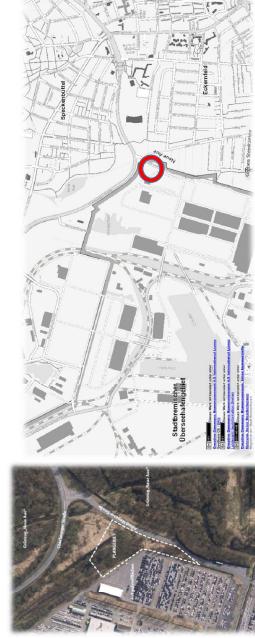
→ Nordwache: In Planung!

→ Südliche Grundstücke mit ca. 10.000m² für FF Wulsdorf und Berufsfeuerwehr

→ Sanierung der zentralen Feuerwache (1980)

Feuerwehr Bremerhaven

16.09.2025



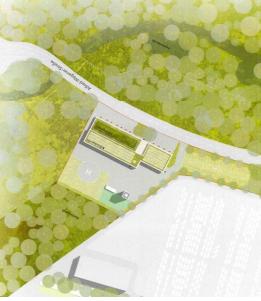
16.09.2025

Lageplan

Baulandplanung / Hochbauplanung

- Feuer- und Rettungswache:**
- 10 Funktionen Brandschutz/Hilfeleistung mit 1 ELW, 1 HLF und 1 DLK
 - 4 Funktionen Rettungsdienst mit 2 RTW
 - 12 Fahrzeugsstellplätze
 - Schwerpunktwache für Sondereinheiten
 - Gefahrout
 - Höhenrettung
 - Schiffsbordbekämpfung
 - Ausbildungsfläche Übungsturm
 - No-Landeplatz für Hubschrauber

Hochbauplanung:
Nachhaltiges Gebäude- und Flächenkonzept
Grundstückszuschläge ca. 3.000m ²
2½ geschossiges Gebäude mit 2.400 m ² Nutfläche
2 Fahrzeughallen mit Lager-/ Funktionsräumen
Technikraum Werkstationen
ZG: Büroräume, Aufenthalts-, Ruhebereich
Übungsturm
OG: Ausbildungsfäche
Gemeinschafts-/ Fachplanung im 2. Halbjahr 25
Einreichung des Bauantrags im 1. Quartal 26
Bauaufsichtszusage: 14,4 Mio. €
→ Bremerhaven: 9 Mio. € Bremerhaven: 5,4 Mio. €



16.09.2025

feuerwehr.bremerhaven.de

Herausforderungen

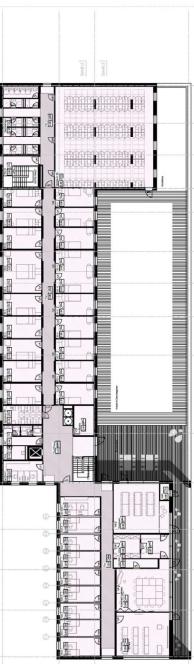
- Komplexe Aufgabenstellung aufgrund des Plangebietes und der örtlichen Zuständigkeiten**
- Stadtteilneins: Überseegebiet
 - Umweltbehörde: Grünland/ neue Änderung Flächennutzungsplänen
 - Änderung Flächennutzungsplänen (Grundrissplan) und Ausstellung des Bebauungsplans
 - Öffentliche Auslegung und Behördeneinstellung im Oktober 2022 (Aufstellung)
 - Feuerwehrbetrieb (Funktionalität/ Anforderungen)
 - Klimaschutzstrategie: Klimaneutralität bis 2038
 - Raumoptimierung: Flächenversiegelung - Reduzierung
 - Berücksichtigung Flora, Fauna (Biodiversität)
 - Fehlende Verkehrs- und Viegverschiebung
 - Fehlende Grundstückserreichung: Kanalisation, Wasser, Strom, Glasfaser, etc.



feuerwehr.bremerhaven.de

16.09.2025

Grundriss Obergeschoss



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Haben sie noch Fragen...?



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Grundriss Zwischengeschoss



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

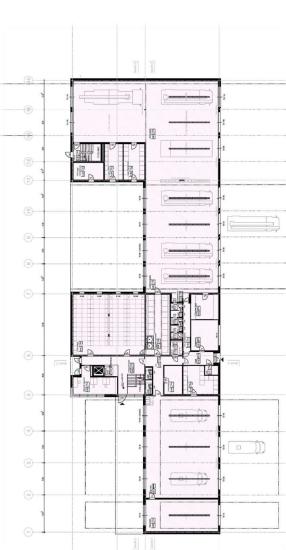
Übungs- und Energieturm



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Grundriss Erdgeschoss



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Nachhaltigkeitskonzept



16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Haben sie noch Fragen...?



feuerwehr.bremenhaven.de

16.09.2025

feuerwehr.bremenhaven.de

Vorlage Nr. I/XI 11/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1
-----------------------------------	-----------	-------------------

Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOStVV

Der Ausschussvorsitzende des Ausschusses für öffentliche Sicherheit hat gemäß § 49 Abs. 2 GOStVV zu jeder ordentlichen Ausschusssitzung eine schriftliche Auflistung der umzusetzenden Beschlüsse und des jeweiligen Bearbeitungsstandes vorzulegen.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Lfd. Nr.	Beschluss- datum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschluss- lage (ggf. Frist)	Zustän- digkeit (Dez./Amt)	Bearbei- tungs- stand	Bemerkungen
1	16.11.2021	I 51/2021 - Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"	einstimmig zugestimmt	Amt 37	teilweise offen	Fortlaufende Berichterstattung im Rahmen der „5-Jahres-Planung“.
2	14.06.2022	I 37/2022 - Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen, erfolgreiche Einwerbung weiterer Fördermittel durch die Ortskatastrophenschutzbehörde (Nachverdichtung städtischen Sirenennetzes)	einstimmig beschlossen	Amt 37	teilweise offen	Erste Stufe flächendeckendes Sirenennetz ist fertiggestellt. 2. Stufe (Erweiterung auf 32 Sirenen) in der Umsetzung. Laufende Berichterstattung im AÖS
3	05.09.2022	I 55/2022 - Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Laufende Berichterstattung im AÖS
4	11.12.2023	XI 14/2023 – Sachstandsbericht: Förderung Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr - Projekt Gesundheit und Fitness Freiwillige Feuerwehren „GuFi-FF“	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Evaluierung Ende 2025
5	11.12.2023	XI 13/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP "Koordinierungsstelle psychosoziale Beratung"	mehrheitlich beschlossen	Amt 90 & Amt 37	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
6	11.12.2023	I 31/2023 - Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP - Einstellung eines Volljuristen / einer Volljuristin bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven	mehrheitlich beschlossen	Amt 90	offen	Umsetzung kann erst erfolgen, wenn der Ortspolizeibehörde Mittel im Personalbudget hierfür zur Verfügung gestellt werden.
7	11.12.2023	I 32/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zur Ausstattung des Bürger- und Ordnungsamtes mit Bodycams	mehrheitlich beschlossen	Amt 91	offen	Der Senator für Inneres unterstützt nach der erneuten Begründung durch das Amt 91 nun eine Änderung des BremPolG und soll bei der nächsten anstehenden Novelle (voraussichtlich Frühjahr 2026) eingearbeitet werden.

Lfd. Nr.	Beschluss- datum	Nr. und Bezeichnung der Vorlage	Beschluss- lage (ggf. Frist)	Zustän- digkeit (Dez./Amt)	Bearbei- tungs- stand	Bemerkungen
8	11.12.2023	I 33/2023 – Antrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zum Thema Kundenfreundlichkeit durch Abholschrank im Bürgerbüro Mitte	einstimmig be- schlossen	Amt 91	offen	Markterkundung; organisatorische, technische und räumliche Umsetzung/ Grundsätzlich möglich lt. STÄWOG, aber Gebäude nicht 24/7 zugänglich. Finanzielle Mittel zur Umsetzung für 2025 vorgesehen. Durch die ab dem 01. Mai 2025 bestehende Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, den beantragten Reisepass und/oder den Personalausweis sich zur Wohnadresse senden zu lassen, wird empfohlen, das Projekt nicht weiter zu verfolgen. Eine entsprechende Vorlage hinsichtlich des Versandes erfolgt zur ersten Sitzung des Jahres 2026.
9	17.09.2024	XI 11/2024 - Zukunftsfähige Organisationsanpassung der Feuerwehr	Kenntnisnahme	Amt 37	offen	Derzeit stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Abgeschlossene Vorgänge werden in der nächsten Berichterstattung nicht wieder aufgeführt.

Vorlage Nr. I 14/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 4
-----------------------------------	-----------	-------------------

Stellenhebungen im Bereich Polizei

A Problem

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin, der laut Beschluss des Bremer Senats vom 16.09.2025 auf den 31.12.2025 vorverlegt ist, 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt. Für Bremerhaven liegt eine Zustimmung des Senators für Inneres und Sport für Stellenhebungen im Umfang von 15 Stellen vor.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sind im laufenden Haushalt 14 Stellenhebungen in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt erforderlich. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen. Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) wird über einen Stellenplanantrag zum Haushalt 2026 eingebracht, da die Beförderungsreife für die infolge der Stellenhebung vorzunehmende Beförderung erst in 2026 eintritt.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

B Lösung

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Stellenhebungen von insgesamt 14 Stellen für das Haushaltsjahr 2025 im Bereich des Polizeivollzugsdienstes der Ortspolizeibehörde, davon

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

sowie die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) zum Haushaltsjahr 2026 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann. Sofern nicht eine annähernd vergleichbare Anzahl an Stellenhebungen bei der Ortspolizeibehörde Bremerhaven erreicht wird, würden die Polizeivollzugsbeamten dies als Schlechterstellung gegenüber den Bremer Kollegen empfinden. Zudem würde die Besoldungsstruktur des Polizeivollzugsdienstes im Lande Bremen unverhältnismäßig auseinanderdividieren.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Unter Vorbehalt des noch ausstehenden Landeshaushaltes ist vorgesehen, der Ortspolizeibehörde Landeshaushaltssmittel für die o. g. Stellenhebungen zur Verfügung zu stellen.

Die Auswahl für die im Zuge der Hebungen möglichen Beförderungen erfolgt gendergerecht.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen bestehen nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Eine Abstimmung mit dem Senator für Inneres ist erfolgt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. / Nach Beschlussfassung für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Stellenhebungen von insgesamt 14 Stellen für das Haushaltsjahr 2025 im Bereich des Polizeivollzugsdienstes der Ortspolizeibehörde, davon

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

sowie die Hebung einer 15. Stelle (von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO) zum Haushaltsjahr 2026 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Anträge zum Stellenplan 2026/2027

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text"/> 6
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 10 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminaloberkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil: (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, „Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.“

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahnguppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich): **siehe Anlage**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations-ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 10 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher

Polizeiober-/Kriminaloberkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text"/> 5
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 11 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizeihaupt-/Kriminalhauptkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil: (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, „Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.“

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahnguppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich): **siehe Anlage)**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:



Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 11 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="checkbox"/> 3
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 12 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizeihaupt-/Kriminalhauptkommissar:in	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil: (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, „Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.“

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahnguppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich): **siehe Anlage**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations-ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

A 13 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher

Erster Polizei-/Kriminalhauptkommissar:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="checkbox"/> 1
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="checkbox"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 14 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Polizei-/Kriminaloberrat/-rätin	
Befristung bis		<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil: (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Nach Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst im Lande Bremen, die im Jahre 2009 vollständig umgesetzt wurde, ist die Besoldungsstruktur (Planstellen der Polizeivollzugsbeamten:innen) noch immer nicht an die entsprechenden Funktionsstellenbewertungen angeglichen. Es ergibt sich daher die dringende Notwendigkeit, die Besoldungsstruktur der Polizeien im Lande Bremen weiter anzupassen.

Die Polizei Bremen plant, wie in den vergangenen Jahren, zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin (31.12.2025) mindestens 75 Stellenhebungen und Beförderungen für den Polizeivollzugsdienst der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt.

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2025 ist der Personal- und Organisationsausschuss ermächtigt, „Stellenhebungen im laufenden Haushalt zu beschließen. Voraussetzung ist ein unabweisbarer (aus rechtlichen, vertraglichen oder anderen Gründen sachlich erforderlich) und nicht bis zum Inkrafttreten des nächsten Haushalts aufschiebbarer Bedarf sowie ein Finanzierungsvorschlag.“

Auch bei der Polizei Bremerhaven bestehen weiterhin Unterdeckungen in der Laufbahnguppe 2, erstes Einstiegsamt. Um diese abzubauen und entsprechende Beförderungen zum nächsten einheitlichen Beförderungstermin vornehmen zu können, sollen insgesamt 15 Stellenhebungen in der obigen Laufbahnguppe vorgenommen werden. Die Hebungen teilen sich wie folgt auf:

- 6 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO
- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach A 11 BremBesO
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach A 12 BremBesO
- 1 Stellenhebung von Besoldungsgruppe A 13 BremBesO nach A 14 BremBesO

Die Anzahl der Hebungen in den einzelnen Besoldungsgruppen richtet sich nach dem Grad der Unterdeckung in den einzelnen Besoldungsstufen.

Für die Stellenhebungen besteht ein unabweisbarer Bedarf, da ein Verzicht eine Ungleichbehandlung der Bremerhaven Polizist:innen gegenüber den Bremer Polizist:innen darstellen würde.

Aufgrund der Ungewissheit, wann der Haushalt 2025 für Bremerhaven und damit ein Stellenplan, der die notwendigen Stellenhebungen enthält, in Kraft tritt, kann der Haushalt 2025 nicht abgewartet werden.

Die dargestellten Stellenhebungen sind mit dem Senator für Inneres und Sport abgestimmt. Die Finanzierung ist sichergestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die o. g. Stellenhebungen unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses zur Kenntnis.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich): **siehe Anlage**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations-ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Vorlage Nr. I 15/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1
-----------------------------------	-----------	-------------------

Antrag zur Aufstellung des Stellenplans 2026/2027

A Problem

Seit 2017 haben sich die Einstellungszahlen der Polizeikommissaranwärter:innen pro Einstellungsjahrgang auf 35 erhöht. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes erfolgt eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe und Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG. Da für jede/jeden Beamt:in, unabhängig vom Beschäftigungs volumen, eine Stelle im Stellenplan vorgehalten werden muss, erfolgte anhand der Personalentwicklungsprognosen in den vergangenen Jahren jeweils eine Anpassung der Stellenplanstruktur.

Eine erneute Anpassung der Prognosen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Personalabgänge in den Jahren 2025 bis 2027 hat ergeben, dass im Stellenplan 2026/2027 50 weitere Stellen der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG geschaffen werden müssen.

B Lösung

Entsprechend dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrages, sind im Stellenplan der Ortspolizeibehörde zusätzlich 50 Stellen für Polizei-/Kriminalkommissar:innen (w/m/d) auszuweisen.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Einrichtung von 50 Planstellen für Polizei-/Kriminalkommissar:innen (w/m/d).

Die Personalkostenerstattung erfolgt zu 100 Prozent durch das Land Bremen.

Genderaspekte sind nicht betroffen.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremlFG

Keine.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem als Anlage beigefügten Stellenplanantrag 2026/2027 zur Einrichtung von 50 Planstellen (Polizei-/Kriminalkommissar:in (w/m/d)), ausgewiesen nach der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG, zu.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Antrag zum Stellenplan 2026/2027

A m t 11

Antrag zum Stellenplan 2026/2027

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 90, 93, 94 - Ortspolizeibehörde
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher A 09 BremBesG

Funktionsbezeichnung bisher Polizei-/Kriminalkommissar:in

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	50
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	A 09 BremBesG	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Polizei-/Kriminalkommissar:in	
Befristung bis	<input type="checkbox"/>	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: (wird von Amt 11 ausgefüllt)
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Land Bremen
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Seit 2017 haben sich die Einstellungszahlen der Polizeikommissaranwärter:innen pro Einstellungsjahrgang auf 35 erhöht. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes erfolgt eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe und Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG. Da für jede/jeden Beamten, unabhängig vom Beschäftigungsvolumen, eine Stelle im Stellenplan vorgehalten werden muss, erfolgte anhand der Personalentwicklungsprognosen in den vergangenen Jahren jeweils eine Anpassung der Stellenplanstruktur.

Eine erneute Anpassung der Prognosen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Personalabgänge in den Jahren 2025 bis 2027 hat ergeben, dass im Stellenplan 2026/2027 weitere 50 Stellen von der Besoldungsgruppe A 9 BremBesG geschaffen werden müssen.

Für den Stellenplan 2026/2027 sind die entsprechenden stellenplanmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich): **siehe Anlage)**

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Dezernent/in

Fachausschuss: Beschluss vom (wird von Amt 11 ausgefüllt)

M a g i s t r a t 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisationsausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Vorlage Nr. KatS – I 8/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:

ja

Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

A Problem

Der Katastrophenschutz in der Stadt Bremerhaven ist grundsätzlich gewährleistet und hat sich in den zurückliegenden Realereignissen und Übungen als belastbar und funktionsfähig dargestellt.

Naturgemäß sind aber aufgrund neuer Erkenntnisse und neuer Herausforderungen Anpassungsstrategien notwendig, um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Für die notwendige Anpassung des Katastrophenschutzes hat die Feuerwehr, die die Aufgaben der Ortskatastrophenschutzbehörde wahrt, in der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021 einen 5-Jahres-Plan zur Optimierung und Anpassung des Bevölkerungsschutzes vorgestellt.

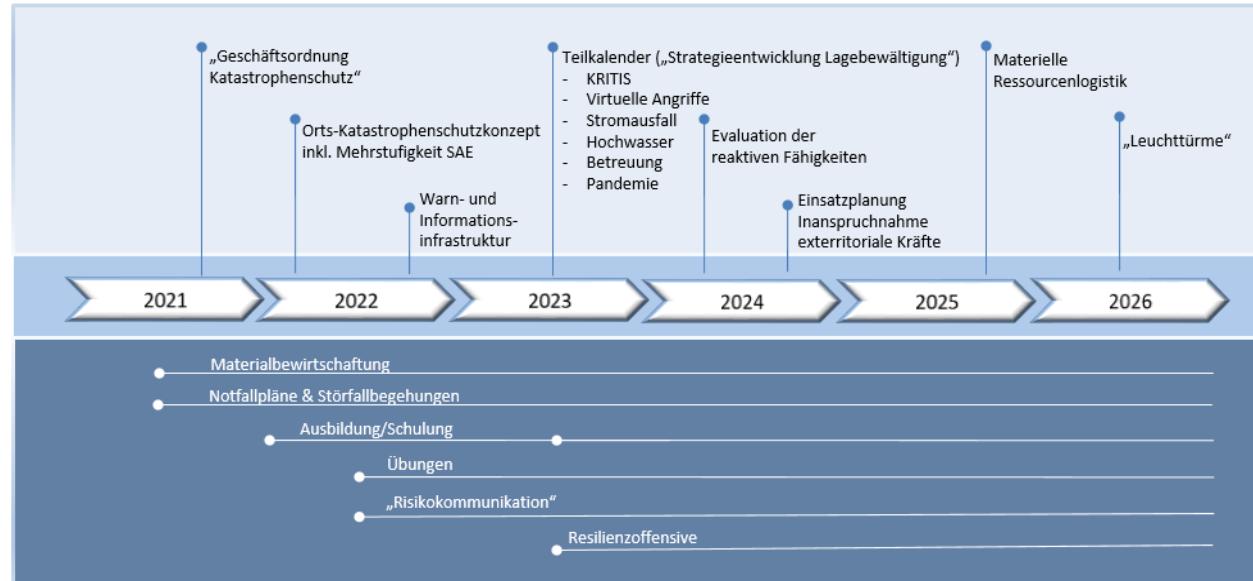


Abb1 – 5-Jahres-Plan Bevölkerungsschutz Bremerhaven

Zum Sachstand wurde um fortlaufende Berichterstattung gebeten.

B Lösung

Hiermit erfolgt Berichterstattung über den Bearbeitungsstand der einzelnen Themenschwerpunkte des Katastrophenschutzes der Seestadt Bremerhaven.

Katastrophenschutzordnung und Sachstand Orts- und Landeskatastrophenschutzkonzept

Ein erstes Abstimmungsgespräch bzgl. der noch zu klärenden anteiligen Kostenübernahme von Katastrophenschutzausgaben im stadtbumischen Überseehafengebiet fand

am 28.10.2025 statt. Beteiligt waren Vertreter:innen von Senator für Wirtschaft, Häfen und Transformation (SWHT), Senator für Inneres und Sport (SIS) und von der Feuerwehr Bremerhaven. Grundsätzlich besteht Einigkeit, dass eine (Teil-)Refinanzierung durch das Land erfolgen soll. In welchen rechtlichen Rahmenbedingungen dies festgehalten werden soll und in welcher Höhe eine solche Refinanzierung aussähe, konnte noch nicht geeint werden. Hierzu sollen die bisherigen Überlegungen zunächst mit den jeweiligen Hausspitzen besprochen werden. Im Weiteren findet dann ein nächster Termin zur Abstimmung der konkretisierenden Inhalte Ende 2025/Anfang 2026 statt.

Warn- und Informationsinfrastruktur

Die Arbeiten an den neuen Sirenenanlagen der zweiten Ausbaustufe befinden sich derzeit in der finalen Umsetzungsphase und soll noch innerhalb des laufenden Haushaltsjahres abgeschlossen und abgerechnet werden. Detaillierte Informationen zum Sirenenausbau werden in der Sitzung AÖS 10/2023-2027 als Vortrag vorgestellt.

Der Austausch der Sirenensteuerzentrale der Stadt Bremerhaven, zur Herstellung der technischen Kompatibilität mit dem Warnsystem der Stadt Bremen, befindet sich in der Vorbereitung. Nach derzeitigem Stand ist mit der Umsetzung und Realisierung der redundanten Auslösung voraussichtlich im Januar 2026 zu rechnen.

Strategische Lagebewältigung/Katastrophenschutzbereiche

Die von den Entsorgungsbetrieben Bremerhaven (EBB) verantwortete Maßnahme zur Beschaffung eines Mobildeichsystems (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 10/2024) ist erfolgreich abgeschlossen. Am 24.09.2025 wurde das System im Rahmen einer Übung erstmals getestet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Anschaffungskosten für den Mobildeich i. H. v. 90.000 € wurden zu 53 Prozent aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert. Die Feuerwehr Bremerhaven unterstützte die Realisierung des Projekts.

Zivilschutzplanung

Eine offizielle Beauftragung mit konkreten Vorgaben, die Zivile Alarmplanung (ZAPI) vorzunehmen, steht weiterhin aus. Eine Einigung zwischen Bund und den Ländern (bzgl. der Zuständigkeiten) konnte bisher ebenfalls nicht erreicht werden.

Um die Stärkung des Risiko- und Krisenmanagements in der Stadt Bremerhaven, auch in Bezug auf den Zivilschutz, auf- und auszubauen, wird derzeit ein durch den Bund gefördertes Projekt initiiert (vgl. Vorlage KatS I 7/2025).

Evaluation der reaktiven Gefahrenabwehr

Kein neuer Sachstand.

Einsatzplanung Inanspruchnahme exterritoriale Kräfte

Eine Einigung bzgl. der Fahrzeugzuordnung der Teileinheit Dekontamination (TE Dekon), der sich derzeit im Aufbau befindlichen MTF 4 (Medizinische Taskforce), konnte für die Bremerhavener Einheiten herbeigeführt werden. Wie bereits in der Vorlage KatS – I 1/2025 angekündigt, sollen ein Mannschaftstransportwagen DEKON Führung (MTW DEKON Führung) sowie ein Gerätewagen DEKON Erstversorgung (GW DEKON EV) in Bremerhaven stationiert werden. Die Stationierung der Fahrzeuge und die Aufgabenwahrnehmung soll dabei entgegen der bisherigen Planung ausschließlich bei der Johanniter Unfallhilfe (JUH) sein. Mit dieser Entscheidung wird der Empfehlung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) nachgekommen. Da diese beiden Fahrzeuge zusammen als kleinste Dekon-Einheit auch autark einsetzbar sind, sollen diese Fahrzeuge und anhängigen Aufgaben an einem Standort betrieben werden. Der schriftliche Vermerk von Senator für Inneres und Sport (SIS) zu dieser Entscheidung ist noch ausstehend.

Materielle Ressourcenlogistik

Kein neuer Sachstand.

Katastrophenschutz-Leuchttürme

Keine Änderung zur Vorlage Nr. KatS – I 1/2025.

Notfallpläne und Störfallinspektionen/Störfallbetriebe

Am 18.08.2025 wurde eine Störfallinspektion bei der Firma Wescom unter Beteiligung der Feuerwehr Bremerhaven durchgeführt.

Innerhalb des Berichtszeitraums finden zwei weitere Störfallinspektionen statt:

- Containerterminals MSC, Eurogate und NTB am 06.11.2025
- Firma Redux am 26.11.2025

Ausbildung, Schulung, Übung

Die für Ende des Jahres 2025 geplante vierte Grundlagenschulung „Kommunales Krisenmanagement und Stabsarbeit zur Bewältigung von Schadenslagen“ (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 2/2025) wurde aufgrund unzureichender Teilnehmendenzahlen abgesagt. Als Hauptursachen sind die derzeit angespannte Haushaltssituation sowie die erwartete erhöhte Arbeitsbelastung in diesem Zeitraum zu nennen, die im Zusammenhang mit einem voraussichtlich lediglich kurzzeitig geöffneten Haushalt stehen.

Stattdessen wird die Feuerwehrakademie am **19. und 20. November 2025** eine weiterführende Fortbildung für die Teilnehmenden der vergangenen Jahre (in der Regel Amts- bzw. Abteilungsleitungen) anbieten, um bereits erlangtes Wissen aufzufrischen. An dieser Veranstaltung werden sowohl Führungskräfte der relevanten Ämter und Betriebe des Magistrats als auch die Führungsdienste der Feuerwehr Bremerhaven teilnehmen.

Risikokommunikation und Resilienzoffensive

Die Informations- und Beratungsangebote durch Hochwasser-Infomobils des HochwasserKompetenzCentrums (HKC) auf der SAiL Bremerhaven als auch am Energie- und Klimastadttag (vgl. Vorlage Nr. KatS – I 6/2025) wurden von den Besucherinnen und Besuchern der beiden Veranstaltungen wieder sehr gut angenommen. Das zeigt, dass die Thematik und Informationen dazu nach wie vor gefragt sind. Eine Fortführung dieses Angebotes wird auch in den Folgejahren angestrebt.

Die Resilienzarbeit zum Thema Warnung der Bevölkerung im Rahmen der Veranstaltung „Im besten Alter“ wurde ebenfalls wieder gut angenommen. Diese Plattform bietet eine gute Möglichkeit, um Themen mit Bezug zum Katastrophenschutz an die ältere Generation zu kommunizieren.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat keine unmittelbaren weiteren personalwirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. XI 14/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0
-----------------------------------	-----------	-------------------

Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

A Problem

Mit der Vorlage XI 8/2025 erfolgte im Juni der letzte schriftliche Sachstandsbericht zur Bauleitplanung und der Hochbauplanung für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Stadt-bremischen Überseehafengebiet.

B Lösung

Bauleitplanung:

Das Stadtplanungsbüro Claussen-Seggelke hat für das Bauleitplanverfahren die notwendigen Unterlagen erarbeitet. Der geänderte Flächennutzungs- und Grünordnungsplan sowie der aufzustellende Bebauungsplan sind beim zuständigen Referat beim Senator für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) zur Stellungnahme eingereicht worden.

Die Voraussetzungen für den Satzungs- und Feststellungsbeschluss sollen in der Deputations-sitzung SBMS am 15.01.2026 geschaffen werden. Eine Vorwiegengenehmigungsreife bzw. ein festgesetzter Bebauungsplan soll bis Ende April 2026 erwirkt werden.

Hochbau:

Das Architekturbüro Buddenberg und Tauchmann führt aktuell die technischen und nutzerspezifischen Anforderungen für die anstehende Genehmigungsplanung zusammen. Die Planun-gen zur technischen Gebäudeausrüstung werden vom Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien federführend durchgeführt. Für das Tragwerk und den Brandschutz sowie für die Außenanla-gen liegen erste Entwürfe der Fachplaner vor, die derzeit in die vorliegenden Entwurfsplanung eingearbeitet werden.

Das Rechtsamt und Seestadt Immobilien haben den Entwurf eines Erbbauvertrages geprüft. Die hieraus entstandenen Anmerkungen werden derzeit als Anpassungsvorschläge ausformu-liert und anschließend als überarbeiteter Entwurf an bremenports übermittelt.

C Alternativen

Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die aktuelle Kostenschätzung für das Bauvorhaben beläuft sich auf 14,4 Mio. Euro brutto. Die anteiligen Baukosten für die Stadtgemeinde Bremerhaven sind durch eine Verpflichtungsermächtigung mit 9 Mio. Euro finanziert.

Da die geplante Feuer- und Rettungswache insbesondere zur Verbesserung des Brandschut-

zes im stadtbremerischen Überseehafengebiet beträgt, wurde in einem Letter of Intent im Jahr 2022 die Aufteilung der Finanzierung zwischen der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und der Stadt Bremerhaven ermittelt. Auf Grundlage der vorgehaltenen Funktionen ergibt sich ein Finanzierungsanteil der Stadtgemeinde Bremen von 37,5%. Seitens SWHT wurde das Projekt in die Finanzplanung aufgenommen; eine entsprechende Beschlussvorlage wird gemäß aktueller Planung den zuständigen Gremien vorgelegt, sobald die Baugenehmigung erteilt und der Erbbaivertrag rechtskräftig abgeschlossen sind.

Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat

Vorlage Nr. XI 15/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0
-----------------------------------	----	-------------------

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 11/2025) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“

Die aus dem Gutachten resultierenden und im Stellenplan hinterlegten Personalbedarfe für die Integrierte Regionalleitstelle können weiterhin nicht gedeckt werden. Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden zwei Einstellungsverfahren durchgeführt, um Beschäftigte für die Notfalldisposition und für die Krankentransportkoordination zu akquirieren.

Nicht besetzte Stellen werden weiterhin durch Vertretungen aus dem Brandschutzdienst und durch angeordnete Mehrarbeit vom vorhandenen Leitstellenpersonal kompensiert. Ist wird davon ausgegangen, dass diese Maßnahme noch mindestens für das erste Halbjahr 2026 fortgeführt werden muss.

Sachstand „Projekt Telenotfallmedizin/Telenotarzt“

Am 20.10.2025 teilte das Niedersächsische Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung der Feuerwehr mit, dass die IRLS zunächst nicht als niedersächsischer Telenotarztstandort (TNA-Standort) berücksichtigt wird. Zur Abklärung einer Anbindung über die Stadt Bremen (Feuer- und Rettungsleitstelle der Feuerwehr Bremen) steht die Feuerwehr und Senator für Inneres und Sport (Ref. 34) weiterhin in Kontakt.

Sachstand „Projekt A-KTW“

Kein neuer Sachstand zur Vorlage XI 11/2025.

Sachstand „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik – neues Kommunikations-Management-System (KMS)“

Das neue Kommunikations-Management-System (KMS) wurden in der KW 41 im laufenden Betrieb der IRLS in Betrieb genommen (hier die ersten acht Arbeitsplätze). Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage finden umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Hauptraum der IRLS statt. Die Notfalldisposition sowie die Krankentransportkoordination erfolgt während der Baumaßnahmen in anderen Räumlichkeiten der IRLS und der Feuerwehr. Es ist geplant, dass die Baumaßnahmen in der KW 45 abgeschlossen werden und ein Umzug zurück in den Hauptaum in der KW 46 erfolgt. Die Projektumsetzung erfolgt zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage weiterhin planmäßig.

Im Rahmen der Erneuerung des KMS wurden verschiedene notwendige IT-sicherheitsrelevante Maßnahmen umgesetzt. Weitere Maßnahmen im Sinne IT-Sicherheit werden in den folgenden Monaten und Jahren umgesetzt, um die Resilienzfähigkeit der IRLS als Kritische Infrastruktur (KRITIS) weiter zu härten.

Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“

Zum Zeitpunkt der Erstellung der ist die Frist des Teilnahmewettbewerbs abgelaufen. Es liegen Bewerbungen von zwei Unternehmen vor. Eines der beiden Unternehmen hat darüber hinaus über eine anwaltschaftliche Vertretung eine Rüge ausgesprochen. Die Rüge zielt unter anderem auf eine nicht produktneutrale Ausschreibung bzw. fehlende Sachgründe für geforderte Funktionen ab. Aktuell wird dieser Vorwurf mit Unterstützung der in dem Vergabeverfahren involvierten Kanzlei CASTRINGIUS und dem beauftragten Fachplaner der Fa. AntwortING bearbeitet. Ziel ist es, die Rüge zu widerlegen, um ein angedrohtes Verfahren vor der Vergabekammer abzuweisen und einen möglichen Zeitverzug der Vergabe zu verhindern.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen der gutachterlichen Personalbemessung, der Beschaffung des KMS und der Einführung des A-KTW sind im laufenden Haushalt und im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes hinterlegt.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen. Konkrete Aussagen können noch nicht getroffen werden. Die Kosten werden über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BreMIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BreMIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat